

# Stettiner Zeitung.

## Deutschland.

**Berlin, 24. Januar.** Betreffs der Nordpol-Expedition bezeichnet heute die „Prov.-Korr.“ die Mittheilungen über angeblich schon gefasste Beschlüsse der von unser Regierung berufene Kommission als vorzeitig und irrtümlich. Wie den Lesern der „Stett. Ztg.“ bekannt ist, hatte sich nämlich die Wesezeitung unter dem 22. telegraphiren lassen, Preußen habe 60,000 Thlr. und eine Korvette zugesagt. Wie ich aber von zuständiger Seite höre, hatte die Kommission am 22. sich noch gar nicht schlüssig gemacht, sondern sollte dies erst in der heutigen Sitzung geschehen. Selbstverständlich sind überdies die Beschlüsse der Kommission noch nicht identisch mit Zusagen seitens der Regierung. Im Uebrigen verweise ich auf die Notiz der „Prov.-Korr.“ (siehe unten). — Unter andern Tendenzblättern hatten österreichische Blätter auch die verbreitete, Kaiser Napoleon habe am Neujahrstage zu dem Vertreter Russlands geäußert: er wünsche, daß seine Regierung in diesem Jahre glücklicher sein möge, als im vorigen. Die Sache hat, wie man hört, sogar diplomatische Erörterungen veranlaßt, durch welche denn offiziell festgestellt ist, daß gar nicht von der russischen Regierung, sondern vom russischen Kaiser die Rede gewesen ist, und daß die Worte auf nichts Anders hindeuten wollten, als auf das Unglück, von welchem die russische Kaiserfamilie im vorigen Jahr betroffen worden.

— (Prov.-Korr.) In Betreff Lauenburgs ist im Abgeordnetenhaus der Antrag gestellt: die Vereinigung des Herzogthums mit der Krone Preußen für so lange als rechtsungültig zu erklären, als hierzu die Zustimmung des Landtages nicht erfolgt sei.

Eine solche Erklärung des Abgeordnetenhauses wäre ihrerseits rechtsungültig und im Widerspruch mit unserem Verfassungsrecht. Das Herzogthum Lauenburg ist, wie die Rede zur Eröffnung des Landtags von Neuem klar ausgesprochen hat, „mit der Krone Preußen vereinigt worden, und es ist der Wille Sr. Majestät, dieses Herzogthum alle Vortheile des Schutzes und der Pflege, welche diese Vereinigung ihm bietet, unter Schonung seiner Eigenthümlichkeit genießen zu lassen.“

Lauenburg soll also durch einen gemeinsamen Herrscher mit Preußen vereinigt sein, — aber es soll, ebenso wie früher unter dänischer Herrschaft, seine eigene alte Verfassung, unter welcher alle Theile der Bevölkerung sich glücklich und zufrieden fühlten, auch jetzt behalten.

Nun heißt es in der preussischen Verfassung: „Ohne Einwilligung des Landtags kann der König nicht Herrscher fremder Reiche sein.“

Es fragt sich: ist Lauenburg ein „fremdes Reich“ im Sinne der Verfassung und ist deshalb die Einwilligung des Landtags zur Vereinigung desselben mit der Krone Preußen erforderlich?

Dies ist ganz bestimmt nicht der Fall; denn aus dem Wortlaut jenes Satzes und vollends aus den Verhandlungen bei der Feststellung der Verfassung geht ganz klar hervor, daß die Zustimmung des Landtags keineswegs zur Herrschaft des Königs von Preußen über „jeden anderen Staat“, sondern nur zur Herrschaft über ein größeres und zumal ein fremdes (außerdeutsches) Reich erforderlich sein soll.

Auch der anerkannteste liberale Ausleger der Verfassung (Röhne) sagt klar und bestimmt, daß jene Vorschrift nur in Betreff außerdeutscher Staaten gelte, auf den Fall der Regierungsfolge des Königs von Preußen in einem deutschen Lande keine Anwendung finde.

Ein Anspruch des Abgeordnetenhauses, daß der König zur Herrschaft über das deutsche Herzogthum Lauenburg erst die Zustimmung des Landtags einholen sollte, würde daher verfassungswidrig sein und von der Regierung als ein Eingriff in die Rechte des Königs unzweifelhaft gebührend zurückgewiesen werden.

— (Pr.-Kor.) Der Gedanke, eine Entdeckungsfahrt in die Meere am Nordpol auf deutschen Schiffen und mit deutschen Mitteln und Kräften zu unternehmen, hat schon seit längerer Zeit in weiten Kreisen lebhafte Theilnahme erweckt. Jetzt ist die preussische Regierung der Sache näher getreten und hat zur Vorberathung eine Kommission von Sachverständigen berufen. Obwohl die hier und da gemachten Mittheilungen über angeblich schon vorliegende Beschlüsse der Kommission vorzeitig und irrtümlich sind, so darf doch allerdings die Zuversicht als begründet gelten, daß die deutsche Nordpol-Expedition unter wirksamer und entscheidender Bethheiligung Preußens zu Stande kommen werde.

— (Pr.-Korr.) Der Gesetzentwurf über die äußeren Verhältnisse der Volksschule und insbesondere über die Lehrerdotationen, dessen Vorlegung beim Landtage früher angekündigt worden, ist nicht, wie hier und da behauptet wird, bei Seite gelegt; derselbe unterliegt vielmehr in Folge mehrfacher sorgfältiger Berathung zwischen den beteiligten Ministerien nunmehr der schließlichen Feststellung im Staatsministerium und wird vermuthlich in Kurzem zur Vorlage kommen, — vorausgesetzt freilich, daß der Gang der Berathungen im Abgeordnetenhaus überhaupt irgend eine Hoffnung auf Erfolg der Landtagsverhandlungen darbietet.

— (B. B.-Z.) Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses ist noch ganz unbestimmt, wahrscheinlich werden in dieser Woche in beiden Häusern des Landtags keine Plenar-Sitzungen Statt finden.

— Aus Altona wird der „Volkszeitung“ mitgetheilt, daß die neue Anklage gegen May ebenfalls auf Majestäts-Beleidigung laute; dieses Vergehen soll in der Zeit vor dem 25. Juli, wo die „Schleswig-Holsteinische Zeitung“ noch unter Redaction des Herrn May erschien, durch Artikel des gedachten Blattes verübt sein.

— Von dem Herrn Handels-Minister ist beim Vorsteheramt der Königsberger Kaufmannschaft nachstehendes Schreiben eingegangen:

„In Verfolg meines Bescheides vom 9. auf die weitere Ein-

gabe vom 12. d. M., eröffne ich dem Vorsteheramt der Kaufmannschaft, daß eine wesentliche Verminderung der übermäßig gesteigerten Anlage der Bank in Effekten-Lombard durch die Umstände dringend geboten ist und die zu diesem Zwecke erlassenen Bestimmungen einstweilen noch in Kraft bleiben müssen. Dieselben sollen jedoch mit möglichster Schonung ausgeführt und die eigenthümliche Lage der Provinz ebenso, wie die speziellen Verhältnisse der beteiligten Personen in jeder zulässigen Weise berücksichtigt werden. Wie die eingegangenen Berichte ergeben, hat das dortige Königl. Bank-Komptor schon bisher in diesem Sinne verfahren und wird auch ferner bemüht sein, helfend einzuschreiten und ernstlichen Verlegenheiten thunlichst vorzubeugen. Klagen über die angeordneten Maßregeln sind übrigens bis jetzt von keinem anderen Orte eingegangen, auch ist der bisherige Erfolg derselben ein so günstiger gewesen, daß, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse dazwischentreten, die gänzliche Aufhebung der fraglichen Einschränkungen in baldige Aussicht gestellt werden kann. Jedenfalls fehlt es unter den gegenwärtigen Umständen an genügender Veranlassung zur Suspension der bestehenden Wuchergesetze und zu einer allgemeinen Erhöhung des Zinsfußes der Bank. Berlin, den 18. Januar 1866. Der Minister für Handel etc., Chef der preussischen Bank.“

— Der ständische Ausschuß des Vereinstages deutscher Arbeitervereine hat ein Circular erlassen, worin er die Arbeiter auffordert, in möglichst imposanten Massen mit Petitionen an die Regierungen und Landtage vorzugehen, um das allgemeine und direkte Wahlrecht anzustreben.

**Magdeburg, 23. Januar.** Gestern beschloß der hiesige konservative Verein, dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Grabow einen Protest zu übersenden, worin den in den Eröffnungsreden des Präsidenten Grabow (am 15. und 17. Januar) kundgegebenen Anschauungen nachdrücklich widersprochen wird.

**Aus dem zweiten Jerichowschen Kreise, 22. Januar.** In der Kirche zu Eydow fand gestern auf Veranlassung des Herrn v. Katte-Zolchow in der Sonntagsmorgens eine große Versammlung statt, die namentlich von Männern des Bauernstandes zahlreich besucht war. Man beschloß drei vorgelegte Petitionen (an Sr. Maj. den König, an das Ministerium, an das Herrenhaus) zu unterzeichnen.

**Aus Schleswig.** Die „Schlesw. Nachr.“ bringen folgende Mittheilung des Grafen A. Baudissin:

„Verschiedene Zeitungen haben die Nachricht gebracht, daß die auf der Insel Sylt von der preussischen Regierung angeordneten Pflanzungen durch den letzten schweren Sturm spurlos verweht sind. Da dies so aufgefaßt werden könnte, als wenn die Sturmfluth die am Sylter Strande unternommenen Arbeiten beschädigt oder gar zerstört hätte, fühle ich mich im Interesse der Sache gedrungen, Folgendes zu bemerken. Auf Sylt sind an zwei der am meisten gefährdeten Punkte todtie Zäune und Pflanzungen der arundo arenaria angelegt worden; der Zweck dieser Anlagen war, den vom Meere ausgeworfenen und durch die Westwinde weiter getragenen Sand aufzufangen, um auf diese Weise neue Dünen zu bilden. Die Arbeiten wurden am 26. Oktober begonnen und haben seitdem vier Sturmfluthen ausgehalten, von denen die letzte (9. Januar) über die neugebildeten Dünen wegging. Anstatt aber das nach preussischem Muster begonnene Werk zu zerstören, haben die Sturmfluthen nur dazu beigetragen, die gepflanzten Zäune vollständig mit Sand zu überschütten und somit eine solide Brustwehr gegen das Meer zu bilden. Es dürfte daher der Beweis geliefert worden sein, daß dem stetigen Abbruch der Inseln Einhalt gethan werden kann; wer die Wichtigkeit der Westsee-Inseln einigermaßen erkennt, wird sich gewiß darüber freuen, daß die Regierung aus eigenem Antriebe ihren Schutz übernommen hat.“

**Kassel, 23. Januar.** Der „Nat.-Ztg.“ schreibt man aus Kassel unterm 20. d. M.: „Man spreche in vertrauten Kreisen davon, daß ein auf Abschließung einer Militär-Konvention mit Preußen gerichteter Antrag beabsichtigt gewesen sei; doch scheint es zweifelhaft, ob ein solcher Antrag unter den bestehenden Verhältnissen die Zustimmung der Stände-Versammlung gefunden haben würde.“

— Die offizielle „Kass. Ztg.“ erklärt in Bezug hierauf: „Welche Verhältnisse gemeint sind, darüber läßt sich der Korrespondent nicht aus; doch mögen diese sein, welche es wollen; jedenfalls wird man nicht im Zweifel gewesen sein, daß an maßgebender Stelle ein solcher Antrag durchaus keine große Beachtung gefunden haben würde, zumal dieselbe den Bereich landständiger Thätigkeit überschreitet.“

**Frankfurt, 21. Januar.** Nach einer hier aus der Schweiz eingetroffenen Nachricht ist daselbst der Graf von Reichenbach-Tessonsitz gestorben. Graf v. Reichenbach ist ein Sohn des vorigen Kurfürsten von Hessen und der bekannten Gräfin Reichenbach, und vor mehreren Jahren auch in weiteren Kreisen bekannt geworden durch seine schützösterreichische Agitation unter der Regide des Herrn v. Kerstorff. Es galt damals (1862), den Handelsvertrag mit Frankreich, selbst um den Preis der Auflösung des Zollvereins, zu bekämpfen, und man hatte daher den halb entschlafenen „Verein für nationale Arbeit“, der einst unter den Auspizien des badischen Ministerialraths Christ thätig gewesen, an seinem Präsidenten, dem Prinzen Felix von Hohenlohe, Schwiegervater des gegenwärtigen Kurfürsten von Hessen, aber eine traurige ökonomische Erfahrung machen sollte, wieder aufleben lassen wollen. Dem ungemein rühmlichen Hrn. v. Kerstorff möchte ein vorgeschobener Name, wie der des Grafen von Reichenbach, willkommen sein; doch dauerte die schützösterreichische Harmonie nicht gar lange, zumal auch Graf Reichenbach eine etwas verworrene Kapazität war und, wie es scheint, nicht dazu geschaffen, sich unbedingt leiten zu lassen.

**Stuttgart, 22. Januar.** Vorgestern, als an dem Tage, an welchem der damalige Kronprinz von Württemberg sich mit der

Großfürstin Olga in Palermo verlobte, fand ein glänzender Kammerball Statt. Im Monat März wird J. M. die Königin nach Rußland gehen, um der Feier der silbernen Hochzeit ihres Bruders, des Kaisers Alexander II. beizuwohnen. In hiesigen Kreisen wird die Vermuthung ausgesprochen, daß gleichzeitig auch die Vermählung des Großfürsten Thronfolgers mit der Prinzessin Dagmar von Dänemark stattfinden werde.

**Wien, 21. Januar.** Der Karneval ist in vollem Zuge. Während das Reich in tiefsten Nothen liegt, tanzt Wien mit einem Eifer, der frühere Jahre weit hinter sich zurückläßt. Selten haben unsere Goldschmiede so gute Geschäfte gemacht, als beim Beginn dieser Ballsaison, wie noch neulich öffentlich konstatirt wurde; unsere Fiaker sind anspruchsvoller und kurz angebundener, als je; die Straßenecken und Anschlagbretter und -Säulen sind für die Masse der Ankündigungen von Tanzunterhaltungen zu klein. Unsere großen Bade-Institute, Sophien-, Diana- und Esterhazy-Bad, haben ihre großen innerhalb des Hauses gelegenen Bade-Bassins wie alljährlich, in Tanzsäle umgestaltet, und es giebt kein öffentliches Lokal, groß oder klein, das jetzt nicht demselben Zweck gewidmet würde; selbst eines unserer Theater, das an der Wien, hat seinen Zuschauerraum der Bühne gleich gemacht und in einen Tanzboden verwandelt. Kein Stand, keine Korporation läßt es sich nehmen, einen eigenen Ball zu veranstalten, von den Schriftstellern, welche heute ein förmliches Feest geben, an welchem hervorragende ungarische Publicisten theilnehmen werden, bis zu den Fiakern und Wäscherinnen von Lichtenthal, der erwachsensten und dialektreichsten unserer Vorstädte. Wie alle Jahre, wird auch diesmal, aber mit größerer Zuversicht, denn je, verkündigt, der Kaiser werde auf dem Bürgerball, zu dem stets der Redouten-Saal der Hofburg hergegeben wird, zum ersten Male in Zivilkleidung erscheinen. Wo ganz Wien tanzt, aber wenn man auch nicht sagen kann, auf einem Vulkan, so doch — in der Wüste. Nimmam steht es wirklich unheimlich öde und leer aus. Noch tagt nirgend eine sichere Aussicht auf Beginn des großen Neubaus, auf den das September-Manifest vorbereitete, und bereits prophezeien die Pessimisten, Graf Belcredi werde mit der Auflösung des jetzt tagenden ungarischen Landtages auch seine Ministertage vollendet haben. Hinter und über ihm steht freilich — ganz der Mann, um auch noch das gegenwärtige Kabinet zu überdauern und ein neues zu gründen, Graf Moriz Esterhazy. Ein kleiner Zug tritt jetzt wieder an die Öffentlichkeit, um den schwer erkennbaren Charakter dieses Staatsmannes zu bezeichnen. Eine unserer großen Kunsthandlungen am Graben hat die Portraits aller unserer Minister ausgestellt. Sie sahen dazu selbst. Herr v. Mastath erscheint im ungarischen Schnürrock, in Czismen (kurzen Stiefeln) und im Kalpat (dem mühenartigen ungarischen Hute); dicht neben ihm steht Graf Esterhazy im westeuropäischen Salontostüm und den in ganz Ungarn verpönten Cylinderrhut in der Hand. Das Bild hat seine Bedeutung um so mehr, als auf den Hofballen der Graf ebenfalls im ungarischen Kleide, goldgestickt, mit breitem rothen Gürtel etc. erscheint. Aber in dieser Sammlung von Ministerportraits wollte er vermuthlich als der neutrale Staatsmann, der durch keine Nationalitätsbestrebung sonderlich angefochten wird, sondern über sie hinaus allgemeine Reichsinteressen verfolgt, hervortreten.

**Venedig, 18. Januar.** Vorgestern hat vor dem hiesigen Provinzialtribunale die Schlußverhandlung in dem viel erwähnten Triulaner Putzprozesse (gegen 71 des Hochverraths Angeklagte) begonnen. Die (bei geschlossenen Thüren erfolgende) Verhandlung wird mindestens einen Monat währen.

**Ausland.**  
**Bern, 22. Januar.** Das Walliser Abstimmungs-Resultat in Sachen der Bundesverfassungs-Revision ist eingegangen. Wallis verwirft Alles. Somit sind, die Juden-Emanzipations-Artikel ausgenommen, alle übrigen Revisions-Artikel vom Volke und den Kantonen verworfen.

**Paris, 22. Januar.** Heute, Morgens 8 Uhr, gab der Kaiser den Befehl oder die Erlaubniß, das Manuscript der Thronrede nach der Druckerei des „Moniteur“ zu tragen, von wo aus um 9½ sämmtliche Journale die ersten Abzüge erhielten. Der Verkauf ist jedoch erst gestattet, wenn die Artilleriesalven das Ende der Feierlichkeit anzeigen. Sobald die Kanonenschüsse auf den Boulevards hörbar wurden, erfolgte die Ausgabe der seit einer halben Stunde bereits fertigen Zeitungen. In der „France“ befand sich am Schluß des Altenstüdes folgende Phrase: „Die Rede, oft unterbrochen durch einstimmigen Beifall, wurde mit wiederholten Ausrufen: Es lebe der Kaiser! beantwortet. . . Der Kaiser zog sich zurück unter den Zurufen der Versammlung.“ Und das wußte die „France“ natürlich im Voraus! Leider konnte das — nach seiner Erklärung dem „Temps“ gegenüber — nicht offiziöse Blatt die mit vielem Beifall gekrönten Stellen nun doch nicht bezeichnen.

— Der „Boss. Ztg.“ wird von befreundeter Seite aus Paris geschrieben: Während sich Louis Napoleon in einen immer verworreneren Konflikt mit den vereinigten Staaten hineinarbeitet, locht und gährt es in Frankreich bedenklich unter der Decke der politischen Ruhe. Es erscheint, freilich im belgischen Auslande, so eben wieder eine Anlagenschrift wider die Reaktion von 1848, unter dem Titel: Evasions des prisons du conseil de guerre, par C. Lacambre, Dr. med. Attenmäßig wird festzustellen gesucht, wie die Herren Falloux, Montalembert, Pliers, Dufaure, ja selbst Jules Favre und Garnier Pages, also die Priester, Chouans, Orleansisten und blauen Republikaner sich verschworen hatten, die Republik im Blute des Volkes zu erstickern. Auch die Ermordung des Generals Bréa in den Junitagen wird aufgeklärt. Bekanntlich wurde aus diesem Falle das größte Kapital wider die Insurgenten gemacht. Die ganze Sache reduziert sich darauf, daß Bréa,

